

AKTUELLE CHRONIK

(Juni-August 1982)

von
Herbert Kaminski

A S I E N - P A Z I F I K - R E G I O N

Rangfolge der asiatisch-pazifischen Staaten in der Bonitätsliste 1982, Kreditstatistik der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, Basel (Juni 82):

Rang 1982	Rang 1981	Land	Bonitäts- index	1-Jahr- Veränd.
3	3	Japan	95,8	+0,6
6	6	Australien	90,2	+0,2
13	14	Singapur	78,5	0,0
15	15	Neuseeland	75,5	-2,5
16	17	Hongkong	75,2	-2,4
19	19	Malaysia	72,8	0,0
24	24	Taiwan	68,0	-0,7
27	28	VR China	64,3	-6,9
34	39	Südkorea	56,9	+1,5
35	38	Indonesien	56,3	-0,8
47	48	Thailand	50,6	-1,6
52	52	Indien	46,5	-3,4
55	56	Papua Neu Guinea	43,7	-2,6
62	64	Philippinen	40,2	-4,1
77	81	Pakistan	21,0	-1,0
105	103	Nordkorea	4,4	-2,7
zum Vergleich				
1	1	USA	97,5	-0,7
4	4	Bundesrep. Deutschl.	93,5	-2,4
26	27	UdSSR	65,5	-4,1
Globaler Durchschnitt			45,8	-4,9

Quelle: Institutional Investor, New York (Bonitäts-Index 100 = Idealposition) und Schweizerische Handelszeitung, Zürich.

Diese Zahlen zeigen die relativ günstige wirtschaftliche Situation der asiatisch-pazifischen Region: 9 Staaten verbesserten ihre Rangfolge, 6 behaupteten ihre Stellung und nur 1 (Nordkorea) verschlechterte sich. Außerdem liegen beim Bonitätsindex 12 Staaten über und nur 4 unter dem Durchschnitt, im Vergleich zur durchschnittlichen Veränderungsrate des letzten Jahres schneiden sogar 15 besser und nur 1 (VR China) schlechter ab. Allerdings würden diese Zahlen ungünstiger ausfallen, wenn in obiger Liste auch die "Problemländer" Nepal, Bangladesch, Birma, Laos, Kambodscha und Vietnam berücksichtigt worden wären.

S Ü D A S I E N

BANGLADESH. Anhaltende Trockenheit hat im Juni/Juli Schäden von über 110 Mio.US\$ verursacht. Etwa 13 Mio. Menschen sind von Lebensmittelknappheit betroffen.

INDIEN. Anfang Juni erhielt der südindische Unionsstaat Kerala seine 20. Landesregierung in den knapp 35 Jahren seit der Unabhängigkeit. Die aus 12 Parteien bestehende "Vereinigte Demokratische Front" (UDF) unter Führung von Frau Gandhis Kongreß verfügt über 77 Sitze, die aus 9 Parteien bestehende "Linke Demokratische Front" (LDF) unter Leitung der nationalkommunistischen KPI/M über 63 Sitze. Stärkste Einzelpartei ist nach wie vor die KPI/M, die in der Vergangenheit mehrmals durch freie Wahlen die Regierung stellte. Kerala weist das höchste Bildungsniveau, die geringste Kindersterblichkeit, die niedrigste Geburtenrate, die entwickeltste Arbeitsgesetzgebung, die höchsten Mindestlöhne und die weitgehendsten Betriebs-Sicherheitsbestimmungen in Indien auf.

Der Internationale Währungsfonds hat den Wirtschaftsplan Indiens für das nächste Jahr geprüft und gebilligt. Damit ist der Weg frei für einen der bisher größten an ein Land vergebenen Kredit: bis Mitte 1983 1,94 Mrd. US\$.

Die innenpolitische Lage ist angespannt. Es kam immer wieder zu Unruhen bei den verschiedensten gesellschaftlichen, regionalen und religiösen Gruppen: Bei Bombenanschlägen im nordindischen Unionsstaat Assam wurden am 16.6. 19 Menschen getötet, am 14.8. mindesten 7. Die Unruhen, die von der Furcht vor Überfremdung durch Flüchtlinge aus Bangladesch und Nepal ausgelöst wurden, haben in den letzten 2 Jahren nach Regierungsberichten 334 Tote gefordert.

- Am 28.6. randalierten etwa 300 Soldaten in Neu-Delhi - Nach dem Massaker an 16 Menschen durch bewaffnete Banden trat am 28.6. die Regierung des Unionsstaates Uttar-Pradesh zurück. Chefminister (= Ministerpräsident eines Bundeslandes) Vishwanath Pratap Singh, Mitglied der Kongreßpartei Indira Gandhis, begründete seinen Rücktritt mit Fehlern bei der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit. - In Bombay wurden am 16.8. bei einer Protestaktion im Rahmen eines seit sieben Monaten anhaltenden Arbeitskampfes in der Textilindustrie 4.000 Demonstranten vorübergehend festgenommen. Die von Gewerkschaftler Datta Samant angeführten Textilarbeiter (250.000 in Bombay) fordern höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen. - Vom 18.-20.8. kam es zu schweren Straßenkämpfen in Bombay zwischen rebellierenden Polizisten und loyalen Truppen. Die Bundesregierung in Neu-Delhi erwägt, die zuständige Landesregierung Maharashtras aufzulösen und die direkte Verwaltung des Unionsstaates zu übernehmen. Die Gewerkschaften der etwa 22.000 Polizisten Bombays verlangen höhere Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen. Ein Generalstreik verschärfte die Situation Bombays. - Im nordöstlichen Unionsstaat Bihar wurden bei blutigen Gewalttätigkeiten zwischen Landarbeitern und Grundbesitzern 7 Menschen getötet. - Die Polizei nahm Ende August im nördlichen Unionsstaat Punjab mehr als 5.000 Mitglieder der Religionsgemeinschaft der Sikhs vorübergehend fest, die bei z.T. gewalttätigen Demonstrationen die Errichtung eines unabhängigen Sikh-Staates gefordert hatte. Die Demonstrationen wurden von der orthodoxen Sikh-Partei "Akali Dal" organisiert.

Der von der Kongreß-I benannte bisherige Innenminister Zail Singh (66) wurde am 15.7. mit großer Mehrheit zum 7. Präsidenten Indiens gewählt. Bei der beherrschenden Position des Kongreß-I hatte der von den Oppositionsparteien nominierte ehemalige Richter am Obersten Gerichtshof, Khanna (70), keine Chance. Singh löste das bisherige Staatsoberhaupt Ganjiva Reddy ab, dessen fünfjährige Amtszeit am 25.7. endete. Singh, ein Vertrauter der Premierministerin, ist der erste Sikh im Präsidentenamt. Seit 1948 bekleidete er verschiedene Ministerposten im Punjab, 1972-77 war er Chefminister, seit 1980 Innenminister der Zentralregierung. Indira Gandhi hatte gegen die Kritik der Opposition, von Teilen der Kongreß-I-Partei, der Presse und der Intellektuellen an ihrem Kandidaten festgehalten.

Ab 26.7. besuchte Indira Gandhi für 8 Tage die USA - das erstemal nach 11 Jahren. Das wichtigste Ergebnis der Ge-

sprache mit Präsident Reagan und Außenminister Shultz war die beiderseitige Absicht, nach einem Jahrzehnt abgekühlter und oft von gegenseitigem Mißtrauen bestimmten Beziehungen in Zukunft wieder enger zusammenzuarbeiten. In einer besonders komplizierten Frage wurde ein konkreter Kompromiß erzielt: Frankreich wird für den von den USA gebauten Reaktor Tarapur bei Bombay angereichertes Uran liefern. Indien verpflichtete sich, den benutzten französischen Kernbrennstoff nicht ohne amerikanische Genehmigung weiterzuverarbeiten. Eine Intensivierung des Handels, dessen Gesamtvolumen z.Z. etwa 3 Mrd. US\$ pro Jahr beträgt, wurde beschlossen. Frau Gandhi wies auf die neue Wirtschaftspolitik hin, die eine Liberalisierung des Außenhandels, die Förderung von Privatunternehmen und die Erleichterung von Auslandsinvestitionen vorsieht. -

Indira Gandhi besuchte am 5.8. erstmals seit 13 Jahren wieder Japan. Sie führte Gespräche mit Ministerpräsident Suzuki und weiteren Ministern. In Japan wurde begrüßt, daß Indien seine Beziehungen zu westlichen Staaten verbessern wolle. Am 5./6.8. fand ein Treffen japanischer und indischer Geschäftsleute in Tokyo statt, an dem 200 Japaner und 170 Inder teilnahmen. Es wurde u.a. über gemeinsame Industrieprojekte in Drittländern beraten. Indien wird 1982 von Japan 350 Mio. DM staatliche Entwicklungshilfe erhalten (70 Mio. DM mehr als 1981).

Jüngsten Regierungsangaben zufolge liegt Indiens Pro-Kopf-Einkommen, das vor der Unabhängigkeit einen halben US\$ pro Jahr betrug, jetzt bei 230 US\$. Trotzdem lebt über die Hälfte der Bevölkerung, die in den letzten 35 Jahren von 300 auf 685 Mio. gestiegen ist, unterhalb der Armutsgrenze.

Die von der Regierung eingesetzte "Kommission für Kasten und ethnische Minderheiten" gab am 18.8. bekannt, daß mehr als 2,2 Mio. Inder im Zustand der Sklaverei leben. Der amtliche Bericht erhebt schwere Vorwürfe gegen die Provinzregierungen. Aus von Dürreperioden betroffenen Regionen werden junge Menschen an Großgrundbesitzer, Restaurant- oder Bordellinhaber verkauft. Schätzungen unabhängiger Wissenschaftler der Universität von Neu-Delhi zufolge gibt es zwischen 5 und 6 Mio. Sklaven in Indien.

Prof. A.M. Khusro, seit 1980 indischer Botschafter in Bonn ist von Indira Gandhi zum Mitglied der indischen Planungskommission berufen worden. Als Nachfolger ist der frühere Staatssekretär des Außenministeriums, R.D. Sathe, vorgesehen.

Durch verheerende Fluten Ende August/Anfang Sept. wurden in den acht Küstendistrikten des Unionsstaates Orissa 5 Mio. Menschen obdachlos; mit mehr als 1.000 Ertrunkenen muß gerechnet werden.

PAKISTAN. Das Außenministerium in Islamabad gab Anfang Juni die Wiederaufnahme der Gespräche über einen Nichtangriffspakt zwischen Indien und Pakistan bekannt. Die Gespräche waren vor drei Monaten von Neu-Delhi unterbrochen worden, nachdem Pakistan im Streit mit Indien um Kaschmir bei der Menschenrechtskommission der UN in Genf vorstellig geworden war. - Ein von Indien vorgeschlagener Vertrag über Frieden, Freundschaft und Zusammenarbeit soll demjenigen zwischen Indien und der Sowjetunion entsprechen.

Außenminister Yaqub Khan versicherte in der Abrüstungsdebatte der UN, daß sein Land weder Atomwaffen entwickeln noch erwerben wolle, setzte sich aber dafür ein, daß die Nicht-Atomwaffen-Staaten freien und ungehinderten Zugang zu nuklearer Technologie für friedliche Zwecke bekommen müßten.

Finanzminister Ghulan Ishaq Khan gab am 15.6. bekannt, daß Pakistan im Finanzjahr 1982/83 seine Verteidigungsausgaben um 12,8% auf 47,1% des Gesamthaushalts erhöhen werde. Begründet wurde die Maßnahme als Konsequenz aus der sowjetischen Invasion in Afghanistan vor zweieinhalb Jahren.

Der Vorsitzende der oppositionellen "Bewegung zur Wiederherstellung der Demokratie", Maraj Mohammad Khan, und vier weitere Oppositionsführer wurden in der Nacht 14./15.6. verhaftet, da sie sich entgegen den Vorschriften des bestehenden Kriegsrechts in der Wohnung eines Mitglieds getroffen und scharfe Kritik am Militärregime von General Zia-ul Haq geübt haben sollen. - Im Nordwesten Pakistans sollen Anfang Juli mehr als 100 Menschen ums Leben gekommen sein, als Sunniten gemeinsam mit afghanischen Flüchtlingen die Bevölkerung schiitischen Glaubens angegriffen haben sollen. - Mitte Juli forderten Kämpfe zwischen den Stämmen der Azi Khel und Dawat Khel in einer Gegend etwa 160 km nordöstlich von Peshawar 15 Tote und viele Verletzte.

Staatschef Zia-ul Haq kündigte am 14.8. die Vorlage eines Rahmenplans für ein neues islamisches Regierungssystem innerhalb eines Jahres an. Einen Termin für seinen Rückzug von der Macht und für Wahlen sowie Einzelheiten seiner Reformpläne nannte er nicht. Damit enttäuschte er die Poli-

tiker, die auf einen Zeitplan für die Rückkehr einer Zivilregierung nach fünfjährigem Kriegsrecht gehofft hatten. Zia-ul Haqs Absicht ist es, den Streitkräften bei künftigen Regierungen eine Kontrollfunktion zu übertragen.

SRI-LANCA. Nach blutigen Auseinandersetzungen zwischen Muslims und Singhalesen in der Stadt Galle verhängte die Regierung am 30.7. den Ausnahmezustand über das ganze Land. Das Verteidigungsministerium ordnete gleichzeitig eine verschärfte Pressezensur an.

Die ursprünglich für 1984 vorgesehenen Präsidentschaftswahlen werden auf den Herbst dieses Jahres (20.10.82) vorgezogen. Durch die Wahl möchte sich der seit 1978, dem Jahr der Einführung einer Präsidialdemokratie, amtierende Präsident Jayawardene schon zwei Jahre vor Auslaufen seiner sechsjährigen Amtszeit bestätigen lassen. Drei Gegenkandidaten werden sich der Wahl ins höchste Staatsamt stellen.

S Ü D O S T A S I E N

ASEAN. An der 15. Außenministerkonferenz der ASEAN vom 14.-18.6. in Singapur nahmen Vertreter Japans, der USA, Australiens, Neuseelands, Kanadas, Papua-Neuguineas und Bruneis teil. Der Präsident des Ministerrats der EG, Tindemans, sagte seine Teilnahme ab. Die Konferenz endete ohne Fortschritte in der wichtigsten regionalen Frage: der Zukunft Kambodschas. Die Außenminister der ASEAN-Staaten wiederholten ihre Forderung nach sofortigem und vollständigem Abzug der 180.000 Soldaten Hanois und freien Wahlen.

In der zweiten Julihälfte besuchte der vietnamesische Außenminister Nguyen Co Thach Birma und die ASEAN-Staaten Singapur, Thailand und Malaysia. Die ASEAN mit ihren 260 Mio. Einwohnern, den jährlichen Wirtschaftswachstumsraten von 5-10% und Verteidigungsausgaben von etwa 1 Mrd. US\$ pro Jahr ist für Vietnam ein interessanter Partner, der Hanoi bei der Überwindung akuter Wirtschaftsprobleme und internationaler politischer Isolation helfen könnte. Die Südostasienreise wurde auf einer Außenminister-Konferenz der drei Indochinastaaten in Ho-Chi-Minh-Stadt (Saigon) vorbereitet. Dort wurde vorgeschlagen: Abzug einer "größeren" Anzahl vietnamesischer Soldaten (15-20.000) aus Kambodscha; Einrichtung einer "entmilitarisierten Zone" im thailändisch-kambodschanischen Grenzgebiet; Abhaltung

einer internationalen Konferenz über Südostasien mit den ASEAN-Ländern, den Indochina-Staaten, Birma, Indien sowie den fünf ständigen Mitgliedern des UN-Sicherheitsrates (USA, UdSSR, China, Frankreich und GB) als Teilnehmer. Diese Vorschläge wurden in den ASEAN-Staaten generell mit Zurückhaltung aufgenommen, aber es zeigten sich deutliche Unterschiede in den Reaktionen. Während Bangkok von einem "Trick, mit dem die Welt zum Narren gehalten werden solle" sprach, bezeichnete der indonesische Außenminister Mochtar Kusumaatmadja die vietnamesischen Pläne als "interessante Entwicklung". Einiger ist man sich innerhalb der ASEAN, daß die Roten Khmer zugunsten einer Unterstützung der bürgerlichen Widerstandsgruppen um Son Sann und Prinz Sihanouk in den Hintergrund gedrängt werden sollten.

INDONESIEN. Ende Mai/Anfang Juni verboten die Zensurbehörden den Vertrieb von sieben britischen, französischen, holländischen und australischen Zeitungen (The Observer, Le Figaro, L'Aurore, France-Soir, NRC-Handelsblad, The Sydney Morning Herald, The Australian). Obwohl immer noch etwa 200 ausländische Pressorgane in Indonesien im Umlauf sind, ist das Verhältnis der Behörden zu nicht-indonesischen Medien - ebenso wie zu inländischen - gespannt: Die Auslandspressevereinigung von Südostasien beschwerte sich in den letzten Wochen zum wiederholten Mal, daß mindestens 20 ihrer Mitglieder die Einreise nach Indonesien verweigert wurde.

Die Inter-Governmental Group on Indonesia (IGGI), der 17 Industriestaaten und internationale Organisationen angehören, gab am 10.6. in Amsterdam bekannt, daß Indonesien für das Wirtschaftsjahr 1982/83 1,9 Mrd. US\$ Entwicklungshilfe erhalten wird (1981/82: 2,1 Mrd. US\$).

Ausländische - aller Wahrscheinlichkeit nach malaysische - Truppen haben Anfang Juli die 55 km² große Insel Sempadan östlich von Kalimantan in der Sulawesisee besetzt. Das indonesische Außenministerium gab am 6.7. bekannt, daß es "dieses Problem auf freundschaftliche Weise" lösen wolle. In der Region werden reiche Gas- und Ölvorräte vermutet.

Indonesien ist - trotz der gegenwärtigen Weltwirtschaftsflaute - mit den Exporten an seinen einzigen Abnehmer Japan der Welt größter Flüssig-Erdgas-Exporteur geworden. Die Einnahmen aller Exportgüter - einschließlich Erdöl - sanken, nur die Einnahmen aus dem Erdgas-Export stiegen von

1.116 Mio. US\$ in 1979 auf 2.500 Mio. US\$ in 1981. Indonesien produziert z.Z. jährlich 3,1 Mio.t Erdgas. Bis 1984 will man durch den Ausbau der Erdgasfelder Arun und Bontang die Produktion um 75% steigern.

Die letzten etwa 40-50 Java-Nashörner sind im Ujung-Kulon-Nationalpark auf Java von einer Seuche bedroht.

KAMBODSCHA. Am 22.6. wurde nach etwa einjährigen Verhandlungen in Kuala Lumpur die anti-vietnamesische Dreierkoalition der kambodschanischen Exil- bzw. Guerrillagruppen gebildet, bestehend aus Norodom Sihanouk, Khieu Samphan, dem Chef der radikal-kommunistischen Roten Khmer und Ministerpräsident des von den Vietnamesen in den Dschungel vertriebenen "Demokratischen Kampuchea" (das jedoch noch Sitz und Stimme in den UN innehat) und dem über 70jährigen Son Sann, ehemaliger konservativ-republikanischer Premier- und Finanzminister. China, Nordkorea und die ASEAN hatten sich für diese Exilregierung eingesetzt. In der Exilregierung, die den Namen "Demokratisches Kampuchea" der Roten Khmer fortführt, hat Sihanouk das Amt des Staatspräsidenten übernommen, Khieu Samphan ist Vizepräsident und verantwortlich für Außenpolitik, Son Sann Premierminister. Darunter gibt es sechs "Koordinationskomitees" z.B. für Wirtschaft und Finanzen, Verteidigung, Kultur und Bildung. Laut Koalitionsvertrag soll jeder Partner seine Organisation, seine politische Identität und seine Aktionsfreiheit behalten. Angestrebt werden "Dreiheit", Gleichheit, Gleichgewicht und Konsens in allen entscheidenden Fragen. Wenn dies nicht erreicht wird, können sich die Roten Khmer als einzige legitime Vertreter Kampuchreas betrachten. Eine den realpolitischen Gegebenheiten entsprechende Regelung: Die auf 25.000-35.000 Mann geschätzte Guerrilla-Armee der Roten Khmer ist diszipliniert und kampferprobt, während die maximal 10.000 Partisanen Sihanouks (Moulinaka) und Son Sanns (KPNLF) schlecht trainiert, unzureichend ausgerüstet und undiszipliniert sind. Erklärtes Ziel der Dreierkoalition ist es, u.a. den militärischen Druck auf Vietnam zu verstärken und um internationales Ansehen zu werben. Hanoi reagierte auf die Gründung der Exilregierung erwartungsgemäß aggressiv.

Im Juli/August besuchte Sihanouk Singapur, Indonesien, die Philippinen, Thailand, China, Nordkorea, Jugoslawien und Rumänien. Alle Gastgeber forderten den Abzug aller ausländischen Truppen aus Kambodscha und die Nichteinmischung von außen. Konkrete Hilfszusagen (in Form von Waffen) konnte Sihanouk nicht erreichen.

MALAYSIA. Vom 5.-12.7. führte Außenminister Ghazali Shafie in Bonn Verhandlungen über die Ausweitung der bilateralen Beziehungen, die Intensivierung der wirtschaftlichen Kontakte zwischen der Bundesrepublik und der ASEAN sowie über die Unterstützung des ASEAN-Standpunktes in der Kambodschafrage bei den UN.

Mitte Juli bestätigte Innenminister Musa Hitam das In-Kraft-Bleiben des Sicherheitsgesetzes "Internal Security Act" von 1960. Es erlaubt den Behörden, jeden der Subversion Verdächtigen (häufig Gewerkschaftler, Journalisten, Oppositionspolitiker) ohne Gerichtsverfahren und ohne Urteil auf praktisch unbeschränkte Zeit unter menschenunwürdigen Bedingungen in Haft zu halten. Außerdem bleibt die Todesstrafe für diejenigen obligatorisch, die ohne Lizenz im Besitz von Schußwaffen angetroffen werden. 31 Menschen wurden aus diesem Grund in den letzten zwei Jahren gehängt, weitere 33 warten auf die Vollstreckung der Todesstrafe.

Ende Juli wurde von Malaysia der Antrag an die Bundesregierung auf Ausfuhrgenehmigung von 108 Spähpanzern vom Typ "Condor" der Firmen Thyssen-Henschel und Rheinmetall für 1,3 Mrd. DM erneuert. Da eine Ablehnung möglich ist, verhandelt die malaysische Regierung bereits intensiv mit französischen, amerikanischen und schweizer Firmen.

PHILIPPINEN. Imelda Marcos, Ehefrau des Staatspräsidenten, führte am 5.7. offizielle Gespräche in Moskau.

Die Siemens AG erhielt Ende August von der privaten "Philippine Long Distance Telephone Company" einen Auftrag in Höhe von 12 Mio. DM.

THAILAND. Am 22.6. stimmte der Ministerrat der EG dem mit der Thailändischen Regierung ausgehandelten Tapioka-Importbeschränkungsabkommen zu.

VIETNAM. Anfang Juli wurde Xuan Thuy, stellvertretender Vorsitzender und Generalsekretär des Staatsrats ohne Bekanntgabe von Gründen seines Amtes enthoben. Seine Funktion übernahm der Vizepräsident des Staatsrats, Le Thanh Nghi.

Am 26.7. kehrte das deutsche Rettungsschiff "Cap Anamur" nach dreijährigem Einsatz im Südchinesischen Meer mit 285 vietnamesischen Flüchtlingen nach Hamburg zurück. Der Rettungseinsatz mußte eingestellt werden, da sich die Bun-

desregierung und die Bundesländer außerstande sehen, weitere Flüchtlinge aufzunehmen. Insgesamt wurden 9.507 Menschen durch diese Privatinitiative gerettet.

Der Rechtsberater des Hochkommissariats der UN für Flüchtlinge, Dennis McNamara, erklärte am 24.8. in Hongkong, daß die Zahl der vietnamesischen Flüchtlinge in den letzten Monaten erheblich zurückgegangen sei. Die Gründe dafür seien, daß die Überwachung der Küsten strenger geworden sei, gegen Flüchtlinge schärfer vorgegangen würde und die legale Ausreisemöglichkeit aufgrund eines Auswanderungsabkommens zwischen der vietnamesischen Regierung und der UN sich verbessert habe. Im Juli hätten 1.027 Menschen die Genehmigung zum Auswandern erhalten. Größtes Problem sei die weltweit steigende Ablehnung von vietnamesischen Flüchtlingen: In südostasiatischen Lagern warten immer noch 43.000 Menschen auf Aufnahme durch ein Gastland.

O S T A S I E N

VR CHINA. Anfang Juni hielt sich Ministerpräsident Zhao Ziyang zu einem Staatsbesuch in Japan auf. - Am 17.8. wurde eine Vereinbarung zwischen Peking und Washington bekannt gegeben, wonach künftige amerikanische Waffenlieferungen an Taiwan herabgesetzt werden, während China sich verpflichtet, die Wiedervereinigung mit der Insel nur mit friedlichen Mitteln anzustreben. Die USA werden zwar gemeinsam mit Taiwan die Herstellung des Überschallflugzeuges "F 5 E" fortsetzen, aber die von Taipeh gewünschte weit modernere Schwenkflügel-Überschallmaschine "FX" nicht liefern. - Der französische Außenminister Cheysson erörterte vom 30.7.-1.8. in Peking u.a. die Lage in Südostasien und im Pazifik, den Nord-Süd-Dialog sowie die Ost-West-Spannungen. Die französisch-chinesischen Beziehungen verschlechterten sich in den letzten Monaten, u.a. wegen der finanziellen Unterstützung Frankreichs an Vietnam. Am 26.8. gab der Vorsitzende der KP Chinas, Hu Yaobang, bekannt, daß Frankreich trotzdem gute Aussichten habe, daß von Dassault gebaute Kampfflugzeug "Mirage 2000" an die VR zu liefern. - Am 16.8. wurde in Genf bekanntgegeben, daß China ab Juni 1983 erstmals in der ILO mitarbeiten werde. Voraussetzung war, daß Peking ausstehende Mitgliedsbeiträge in Höhe von 36,4 Mio. US\$ erlassen wurden. Von den 37 von Taiwan unterzeichneten ILO-Konventionen werden bisher 14 von Peking anerkannt.

Außenminister und Staatsrat Huang Hua führte vom 14.-16.6. in Bonn Gespräche mit den führenden Politikern Carstens, Genscher, Brandt, Kohl, Barzel sowie einem CSU-Vertreter. Internationale Fragen standen im Vordergrund. Huang reiste anschließend weiter nach Luxemburg, Spanien und Portugal. - Bundespräsident Carstens wird Mitte Oktober als erstes Staatsoberhaupt der Bundesrepublik anlässlich des zehnjährigen Bestehens der diplomatischen Beziehungen die VR China besuchen. - Der Obmann der CDU/CSU-Fraktion im Wirtschaftsausschuß des Bundestages, Schwarz-Schilling, empfahl am 19.8. nach seiner Rückkehr von einer Chinareise die Aufnahme von direkten Beziehungen deutscher Bundesländer zu einzelnen chinesischen Provinzen zur Förderung und Ausweitung der Handelsbeziehungen. Vorbildlich sei die bereits bestehende Partnerschaft des Landes Baden-Württemberg mit der Provinz Liaoning. - Egon Bahr, u.a. Vorsitzender des Unterausschusses für Abrüstung und Rüstungskontrolle des Bundestages, führte vom 23.8.-3.9. in der VR China Gespräche mit führenden Regierungs- und Parteivertretern. Parteibeziehungen zwischen SPD und der KP Chinas, von chinesischer Seite angesprochen, befürwortete Bahr nicht, hielt aber regelmäßige Gespräche für nützlich. - Mitte Juni fand ein von Prof. Debon und Prof. Hsia organisiertes internationales Symposium "Goethe und China - China und Goethe" in Heidelberg statt, an dem Wissenschaftler aus der VR China, den USA, Kanada, Hongkong, Österreich und der Bundesrepublik teilnahmen.

Die VR China ist seit Ende Juni durch einen neuen Botschafter in der DDR vertreten: Li Qiangfen, Jahrgang 1917, bisheriger Leiter der politischen Verwaltung im Pekinger Ministerium für auswärtige Angelegenheiten. - Mitte August löste Rolf Berthold als neuer DDR-Botschafter in China, Helmut Liebermann ab, der die DDR seit 1976 in China vertrat. Er gilt in Ost-Berlin als der beste Chinakenner der DDR, hielt sich bereits mehrfach in China auf und war seit 1977 Leiter der Abt. Ferner Osten im DDR-Außenministerium.

Vom 1.-15.7. fand in China eine Volkszählung statt, die der Regierung vor allem Erkenntnisse über die wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen bringen und die Grundlagen für politische Maßnahmen verbessern helfen soll. - Am 24.8. veröffentlichte die Familienplanungskommission einen Bericht, wonach die VR China selbst bei einem erfolgreichen Verlauf des Familienplanungsprogramms bis 1990 mit jährlich etwa 19 Mio. Neugeborenen rechnen muß. Die Regierung will

versuchen, die Bevölkerung nicht über 1,2 Mrd. Menschen wachsen zu lassen.

In Shanghai wurden am 19.8. fünf junge Männer hingerichtet, die Ende Juli ein chinesisches Flugzeug nach Taiwan hatten entführen wollen.

Der Staatshaushalt 1981 wurde mit einem Defizit von 2,554 Mrd. Yuan (etwa 3,3 Mrd. DM) abgeschlossen (1980: 12,7 Mrd. Yuan, 1979: 17 Mrd. Yuan).

Der Panchen Lama, nach dem im indischen Exil lebenden Dalai Lama der höchste geistliche Würdenträger der Tibeter, ist Anfang Juli zum erstenmal nach etwa 20 Jahren aus Peking in seine Heimat zurückgekehrt. Eine zweimonatige Inspektionsreise durch Chinas Autonome Region Tibet wurde ihm erlaubt. - Eine Delegation des Dalai Lama führte im Juni in Peking "freie und offene Diskussionen". Die chinesische Regierung forderte den Dalai Lama zur Rückkehr nach Lhasa auf, allerdings unter der Bedingung, daß der "Gottkönig" sich nur noch als geistliches Oberhaupt und nicht mehr auch als politischer Führer verstehe.

JAPAN. Der chinesische Ministerpräsident Zhao Ziyang sagte in Tokyo Anfang Juni, daß seine Regierung die freundschaftlichen Kontakte zu Japan vertiefen wolle, aber eine militärische Zusammenarbeit nicht anstrebe. - Washington bestätigte am 1.7., daß das japanisch-sowjetische Energieprojekt vor der Sibirien-Halbinsel Sachalin nicht von den verschärften amerikanischen Sanktionen ausgenommen werde. Die Japaner schlossen sich jedoch nicht der Protesterklärung der EG-Regierungschefs an. Es herrschte weitverbreitete Empörung in Tokyo; die Regierung hofft, daß in der Embargo-Frage noch nicht das letzte Wort gesprochen ist. - Die Japaner sind ungehalten darüber, daß die EG vor dem GATT-Forum eine multilaterale Untersuchung und ein offizielles Schiedsverfahren über die japanische Importpolitik anstrebt, die die Europäer als zu restriktiv ansehen. - China lud Anfang August im Zusammenhang mit dem Streit über die Revision japanischer Geschichtsbücher den japanischen Erziehungsminister Ogawa aus, der im Sept. Peking besuchen wollte. Auch andere asiatischen Nachbarstaaten Japans, vor allem Nord- und Südkorea, sind empört, daß Japan die Politik der Militärs und das Verhalten der japanischen Armee im Zweiten Weltkrieg in den Schulbüchern jetzt entweder ganz verschweigt oder aber unverantwortlich verharmlost.